

AfD



Kommunalwahl
am 26. Mai



Unser Programm
für den
Saale-Holzland-Kreis

Leben, Lernen, Arbeit, Erholung in unserem Saale-Holzland-Kreis

Liebe Bürger, die Alternative für Deutschland wurde 2013 gegründet und ist damit eine sehr junge Partei – eine Partei allerdings, die es bereits in den Bundestag, in alle Landtage und in das EU-Parlament geschafft hat. Wir möchten nun an diese beispiellose Erfolgsgeschichte anknüpfen, indem wir auch auf kommunaler Ebene ein Gegengewicht zu der bürgerfernen, familienfeindlichen und ideologischen Politik der Altparteien bilden.

Bisher konnten wir auf Kommunalebene bereits einiges erreichen: So hat unser Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dafür gesorgt, dass alle im Thüringer Landtag vertretenen Parteien dieses Ziel nun ebenfalls unterstützen.

Wir wollen aber mehr erreichen, nämlich ...

- dieses Land grundsätzlich neu auszurichten – und zwar ausschließlich an den Interessen unserer Bürger, nicht denen von Lobbyisten oder Ideologen.
- unsere Heimat als lebenswerte Region erhalten. Daher lehnen wir die verhängnisvolle Politik der Altparteien entschieden ab, die gerade in vielen westdeutschen Städten zur Bildung krimineller Clanstrukturen und zu einem umfassenden kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verfall geführt hat.
- mehr direkte Bürgerbeteiligung und Transparenz. Die bisherige, selbstgefällige Politik der etablierten Parteikader, die nichts mehr mit den Interessen der Bürger zu tun hat, muss ein Ende finden!

- unsere Region wieder sicher, familien- und kinderfreundlich machen.
- unseren Fachkräftenachwuchs aus eigener Kraft gewinnen und ihm starke Wurzeln in unserer Region geben.

Die AfD beschränkt sich nicht auf ein Thema, sondern ist, gemeinsam mit vielen Bürgerinitiativen und -bewegungen, Teil eines umfassenden Reformprojekts, das den Staat endlich wieder vom Kopf auf die Füße stellen wird. Hierzu müssen wir auch in die Kreistage, in die Stadt- und Gemeinderäte!



„Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen.“

Ludwig Erhard

Bezahlbare Energie statt Energiewende-Ideologie

Unsere Partei setzt sich für eine saubere, planbare und preisgünstige Energieerzeugung ein. Wir sind erklärte Gegner der hunderte Milliarden Euro umfassenden „Energiewende“, die nicht nur den Strompreis mehr als verdoppelt hat, sondern die auch voller Widersprüche ist: So werden z.B. zur „Einsparung von CO2“ natürliche CO2-Senken abgeholzt, um dann auf zerstörten Forstflächen Windkraftanlagen zu errichten. Es ist höchste Zeit, diese Schizophrenie zu beenden!

Wir setzen uns daher ein für...

- einen umfassenden Verzicht auf neue Windkraftanlagen, Großflächen- Photovoltaikanlagen und neue Stromleitungsprojekte (z. B. Suedlink).
- eine Hinwendung der Stadtwerke zu preisgünstigen Strom- und Gasstarifen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und sozial benachteiligte Anwohner (Sozialtarif).
- eine regionale Stromerzeugung, die neue Megatrassen überflüssig macht.
- eine Vergabe von Konzessionsverträgen mit dem Ziel, die Netzkosten für Verbraucher unserer Region zu senken. Energiepolitik hat nicht den persönlichen Eitelkeiten einiger weniger Kommunalpolitiker zu dienen, sondern den Interessen der Region.

Familien & Kinder

Die AfD entwickelt ihre politischen Grundsatzpositionen vor allem aus den Interessen von Familien. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden zu familien- und kinderfreundlichen Orten machen und so ein lebensbejahendes Modell schaffen, das der familienfeindlichen und vom Genderwahn heimgesuchten Altparteienpolitik entgegensteht.

Daher setzen wir uns ein für...

- eine ausreichende und bedarfsgerechte Finanzierung der Kindergarten- und Kinderkrippenplätze.
- die Erschließung neuen Baulandes im Umfeld expandierender Städte. Auf diese Weise können junge Familien ihren Traum von der eigenen Wohnung verwirklichen, anstatt, wie bisher, an den exorbitant hohen Kaufpreisen oder Mieten zu scheitern.
- eine Hausbauförderung und die Vereinfachung des Baurechts.
- Schulen, Ärzteversorgung, Apotheken und Sparkassen sowie einen erleichterten Zugang zur Verwaltung auch im ländlichen Raum.
- den Ausbau von Spielplätzen, Sporteinrichtungen sowie Wanderwegen und Naturlehrpfaden.



Straßen- und Schienenverkehr

Die Politik der Altparteien hat nicht nur zu einer Verschlechterung bei der Anbindung von Städten und Dörfern an das Verkehrsnetz geführt, sondern gleichzeitig auch den Zustand der Straßen vernachlässigt. Die ideologisch motivierten Kampagnen gegen die Nutzung von Autos laufen weiter. Insbesondere Familien im ländlichen Raum leiden unter der umfassenden Verschlechterung aller Verkehrsbereiche. Es ist an der Zeit, gegenzusteuern!

Wir setzen uns daher dafür ein, dass ...

- ländliche Regionen nicht vom Schienenverkehr abgekoppelt werden.
- ein landesweites strategisches Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus und Bahn erarbeitet wird.
- der ÖPNV nicht über einen Zwangsbeitrag durch alle Anwohner mitfinanziert werden muss (wie es das linke Konzept des fahrscheinfreien ÖPNV vorsieht).
- die Anbindung des ländlichen Raums an die Grund- und Mittelzentren durch Kooperationen mit Taxiunternehmen und gegebenenfalls auch durch Rufbusse sichergestellt wird.
- die auffällig kurzen (und kurzsichtigen) Instandsetzungszyklen von Straßen verlängert werden: Es kann bei der Sanierung nicht um straßenbauliches Flickwerk gehen, das den Haushalt möglichst wenig belastet, nötig ist stattdessen die Nutzung innovativer Straßenbau-Technologien, die eine lange Nutzungsdauer ermöglichen.
- Straßenausbaubeiträge dauerhaft abgeschafft werden.

- bei schwer belasteten Ortsdurchfahrten, insbesondere im Fall von Bundesstraßen, Ortsumgehungen errichtet werden, z.B. in Bürgel und Eisenberg.
- bestehende Bundesstraßen auch als solche erhalten bleiben und nicht herabgestuft werden.
- kein Geld für die Förderung von ökonomisch und ökologisch fragwürdiger Elektromobilität verschwendet wird.

Wiederherstellung der Sicherheit

Unsere Städte und Dörfer sollen wieder sicher werden! Die Bürger haben ein Recht darauf, ohne Angst durch die Straßen gehen zu können!

Wir setzen uns daher ein für ...

- die gezielte Bekämpfung und Prävention der Gewalt-, Einbruchs- und Drogenkriminalität anstelle der einseitigen und falschen Ausrichtung auf Verkehrsdelikte.
- die Erhöhung der Anzahl von Polizeistellen.
- eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Wiederholungstätern.
- eine Bekämpfung des religiösen und politischen Extremismus.
- zusätzliche Polizeistreifen an Brennpunkten mit erhöhter Kriminalität, z.B. vor Schulen und an Bahnhöfen.
- eine bessere technische Ausstattung von Polizei und Feuerwehr.
- einen Ausbau von Nachwuchsförderungsprogrammen.
- eine angemessene Aufwandsentschädigung für Einsätze der freiwilligen Feuerwehr.

Unsere Kandidaten für den Kreistag



Listenplatz 1

Jörg Henke

geb. 1961

Maurer, Mitglied des Thüringer Landtages



Listenplatz 2

Dirk Luge

geb. 1967

Meister Elektrotechnik



Listenplatz 3

Martin Etzrodt

geb. 1973

Wirtschaftsprüfer



Listenplatz 4

Sebastian Heinz

geb. 1980

Angestellter



Listenplatz 5

Jörg Peter

geb. 1957

Dipl. Betriebswirt (FH)

Unsere Kandidaten für den Kreistag



Listenplatz 6

Michael Wolkodaw

geb. 1980

Selbstständiger



Listenplatz 7

Christian Bratfisch

geb. 1977

Lehrer



Listenplatz 8

Andreas Handwerck

geb. 1962

Meister Straßenbau



Listenplatz 9

Manfred Mortzeck

geb. 1948

Lehrer



Listenplatz 10

Michael Seim

geb. 1968

Werkzeugmacher

Kommunale Asylpolitik

Es muss zwischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die unsere Leitkultur anerkennen, und Migranten, die das Asylrecht aus wirtschaftlichem Interesse heraus missbrauchen, unterschieden werden. Eine tatsächliche Hilfe für Notleidende ist nur dann möglich, wenn Missbrauch und Betrug entschieden bekämpft werden.

Wir setzen uns daher dafür ein, ...

- die Armuts- und Sozialmigration in unsere Städte und Dörfer so unattraktiv wie möglich zu machen, insbesondere durch die – rechtlich durchaus zulässige – Absenkung der Versorgungsstandards: Sachleistung geht vor Geldleistung!
- intensive Kontrollen durchzuführen und insbesondere falsche Alters- und Herkunftsangaben sowie sonstige Täuschungen hart zu ahnden – auch durch vorrangige Abschiebungen.
- straffällige und gewaltaffine Asylbewerber zu überwachen und, in Zusammenarbeit mit der Landesregierung, beschleunigt abzuschicken.
- weiteren Zuweisungen von Wirtschaftsflüchtlingen entschieden entgegenzutreten.
- inakzeptable religiöse Praktiken wie das betäubungslose Schächten ohne Ausnahme zu verbieten.
- Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen. Auf diese Weise erhalten sie die Möglichkeit, dem Land, das sie aufnimmt und unterstützt, etwas zurückzugeben.

Haushaltspolitik im Interesse der Thüringer!

Alle politischen Ziele unterliegen am Ende vor allem der finanziellen Machbarkeit. Für uns ist dabei die haushaltspolitische Prioritätensetzung klar: Geld geben wir nur dann aus, wenn es unseren Bürgern und unserer Region nützt.

Wir setzen uns daher dafür ein, ...

- den Haushalt ausgeglichen zu gestalten.
- Integration als Bringschuld von Migranten zu verstehen: Dies bedeutet, Ausgaben für deren Versorgung und Integration zu reduzieren und stärker auf Sach- statt auf Geldleistungen zu setzen.
- dass die hierdurch erzielten Einsparungen für preisgünstige Kindergartenplätze, die Sanierung von Schulen, die Feuerwehr und für die Absenkung der Höhe von Beitrags- und Gebührenforderungen, z.B. bei der Wasserversorgung, genutzt werden.
- dass zusätzliche Belastungen durch hohe Gewerbesteuersätze vermieden werden.
- den Kreishaushalt auf Kosten der Gemeindehaushalte zu verringern.



Kluge Köpfe statt gestresster Schüler und Lehrer!

Solide Bildung sowie qualitativ hochwertige Wissenschaft sind heute Grundpfeiler für das wirtschaftliche Wohlergehen unserer Region. Wir wollen daher gut ausgestattete Bildungseinrichtungen, in denen unsere Kinder optimal auf das Leben und den Beruf vorbereitet werden. Die katastrophale Bildungspolitik der Altparteien hat zahlreiche Defizite und ideologische Verirrungen verursacht, die dringend beseitigt werden müssen.

Wir setzen uns daher ein für...

- gut ausgestattete und wohnortnahe Schulen sowie den Erhalt aller Schulen im ländlichen Raum.
- die zügige Sanierung maroder Schulgebäude und Turnhallen.
- den Erhalt von Förderschulen: Dies ist ein Modell, das Lernbehinderte gezielt unterstützt, anstatt sie mittels einer falsch verstandenen Idee von 'Inklusion' in die Standardbeschulung aufzunehmen, ohne dass hierfür ausreichend Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- eine strikte Ideologiefreiheit und politische Neutralität in Schulen und Kindergärten.
- gesunde, ausgewogene und regional erzeugte Speisen und Getränke in der Schulspeisung anstelle der Nutzung des jeweils billigsten Dienstleisters.
- ein breites Angebot an unterrichtsergänzenden Arbeitsgemeinschaften, mit denen das Interesse von Kindern an Technik und Naturwissenschaften ebenso gefördert wird wie das an den Bereichen Informatik und Robotik.
- den Ausbau des Angebots zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Saale-Holzland-Kreis, z.B. im staatlichen Berufsschulzentrum Hermsdorf.

Wirtschaft und Arbeit

Wer den Wohlstand unseres Freistaats und seiner Bürger mehren möchte, muss beste Bedingungen für Unternehmen und Fachkräfte schaffen. Unser Ziel ist es daher, Thüringen zu einem modernen Technologiestandort zu entwickeln, der seinen Bürgern Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. Wir wollen auch Verluste beim verarbeitenden und dienstleistenden Gewerbe durch Neuansiedlungen ausgleichen und unsere Standorte im Wettbewerb stärken.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass...

- rechtzeitig Bedarfsanalysen für die Ausweisung von Flächen zur Gewerbeentwicklung durchgeführt werden.
- die Wirtschaftspolitik die regionalen und traditionellen Stärken zur Standortsicherung berücksichtigt und bei Außendarstellung und Wettbewerb nutzt.
- auch auf kommunaler Ebene der Boden für die Beendigung der rein ideologisch motivierten Russlandsanktionen und die Reaktivierung traditioneller osteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen bereitet wird. Die Region darf nicht Opfer einer verfehlten Außenpolitik werden.
- die besondere Rolle des heimischen Handwerks und die traditionelle deutsche Meisterausbildung wertgeschätzt und gefördert wird.
- insbesondere im ländlichen Raum und bei kommunalen Behörden eine umfassende Digitalisierung vorangetrieben wird.
- Kindern und Jugendlichen die Bedeutung ihrer Heimatregion vermittelt wird. Auch dies trägt dazu bei, einen höheren Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Fachkräfte für Thüringen zu gewinnen und zu erhalten.

Umwelt, Landwirtschaft und Tourismus

Der Erhalt einer starken Landwirtschaft, der Schutz von Umwelt und die Förderung des Tourismus sind keine Gegensätze, sondern gemeinsam Bestandteile einer klugen Politik, in der die Interessen von Wirtschaft und Umweltschutz nicht länger gegeneinander ausgespielt werden.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass ...

- Landwirtschaftsflächen und touristisch genutzte Gebiete nicht durch kontraproduktive Stromleitungsprojekte in ihrem Wert für unsere Region beeinträchtigt werden.
- keine neuen Windkraftanlagen errichtet werden, die das Landschaftsbild unserer Region und die Gesundheit der Anwohner beeinträchtigen.
- kein Verkauf von Landwirtschafts- und Forstflächen an branchenfremde Großinvestoren erfolgt, die keinen Bezug zur Region aufweisen und die lediglich auf Wertsteigerungen spekulieren.
- die Land-, Forst- und naturnahen Flächen erhalten bleiben.
- die heimische Saatgutvielfalt nicht durch gentechnisch veränderte Arten zerstört wird.
- der Tourismus in der Region gefördert wird.



Bürgerservice statt Bürokratie!

Wie sieht eine bürgernahe und effiziente Verwaltung aus? Unser zentraler Anspruch ist, dass die Verwaltung sich als Dienstleister für die Bürger – und nicht für Parteien oder Beamte – betrachtet. Dies bedeutet auch, dass sich die Erreichbarkeit stark verbessern muss.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass ...

- Sprechzeiten der Verwaltung so gelegt werden, dass sie auch für Vollzeitberufstätige nutzbar sind.
- Wartezeiten auf das nötige Minimum reduziert werden.
- die Kommunalverwaltung die Bürger von nicht notwendigen Prozessabläufen und Antragstellungen befreit und überflüssige Bürokratie abgebaut wird.
- die Kommunalverwaltung ihren Ermessensspielraum nutzt, um unsere Bürger weitest möglich von ideologischen Vorgaben zu befreien.
- die Kommunalverwaltung gegenüber den Bürgern Neutralität übt.
- mehr Dienstleistungen direkt über das Internetportal der Kommunalverwaltung beantragt und abgerufen werden können.
- Verwaltungsentscheidungen so getroffen und vermittelt werden, dass sie für die Bürger nachvollziehbar und transparent sind.

Sie haben Fragen, Anregungen oder möchten mehr über uns erfahren, dann kontaktieren Sie uns via E-Mail:

info@afd-gera-jena-shk.de

oder besuchen Sie unsere Facebook-Seite oder Webseite:



AfD Gera Jena SHK

www.afd-shk.de

Unterstützen Sie unseren Wahlkampf!

Alternative für Deutschland
Kreisverband Gera-Jena-SHK
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
BLZ: 830 530 30 Kto-Nr.: 180 346 75
IBAN: DE 4283 0530 3000 1803 4675
BIC: HELADEF1JEN

Verwendungszweck: Wahlkampf SHK

Bitte geben Sie auf Ihrer Überweisung unter Verwendungszweck "Spende Ihren Namen und die genaue Anschrift" an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbescheinigung (Spendenquittung) für den Abzug beim Finanzamt ausstellen können.

AfD

